

11.05.2017

NIEDERSCHRIFT

über die 3. öffentliche Sitzung der VI. Wahlperiode der
Verbandsversammlung des Regionalverbandes Großraum Braunschweig
am Donnerstag, 11.05.2017 um 17.30 Uhr,
in Braunschweig, Rathaus, großer. Sitzungssaal

Anwesend:

(in Klammern verhindert)

Mitglieder der Versammlung

Abrahms, Ralf	Lange, Frank
Baas, Hans-Hermann	Lohse, Andreas
(Bachmann, Hans-Georg)	Lühns, Friedrich
Bachmann, Klaus-Peter	Manlik, Reinhard
Backhaus, Rolf-Dieter	Meier, Volker
Belte, Wolfgang	Metje, Hans
Bosse, Marcus	Müller, Carsten
Bratmann, Christoph	Müller, Prof. Dr. Norbert
Brinkmann, Brigitte	(Oesterhelweg, Frank)
Dirksmeyer-Vielhauer, Telse	(Pantazis, Dr. Christos)
Disterheft, Matthias	Pifan, Simone
Dittmar, Gisela	Plonz, Volkhard
Dreß, Hans-Peter	Poetsch, Klaus
Egbers-Schoger, Dennis	Retzlaff, Julia
(Emmerich-Kopatsch, Petra)	(Rieck, Carsten)
Enversen, Sabah	(Ritter, Michael)
Fischer, Christine	Rotzek, Bernd
Geertsema, Monika	(Scherf, Gunnar)
Götz, Rudolf	(Schneider, Wolfgang)
(Grziwa, Karl)	Schrader, Kurt
Hensel, Falk	Schramm, Ingo
Herlitschke, Holger	Schwarz, Jan
Jainta, Wolfgang	(Tanke, Detlef)
Kassel, Peter	Volkman, Hans-J.
Kentner, Elke	vom Hofe, Anneke
Klein, Stefan	Warnecke, Werner
(Koch, Manfred)	Wockenfuß, Nicole
Köllner, Marion	Zeidler, Joachim
Köster, Thorsten	
Kramer, Michael	

Verwaltung

Brandes, Hennig	Hahn, Manuela
Rössig, Fritz	Hild, Jens
Noske, Gisela	

Herr Kramer eröffnet in Vertretung des Verbandsvorsitzenden, Herrn Tanke, die Sitzung der Verbandsversammlung um 17.30 Uhr. Er begrüßt die anwesenden Mitglieder der Verbandsversammlung sowie die Presse.

Vor Eintritt in die Tagesordnung richtet Herr Leuer, Stadtbaurat der Stadt Braunschweig, im Auftrag von Oberbürgermeister Markurth Grußworte an die Mitglieder der Verbandsversammlung des „Regionalverbandes Großraum Braunschweig“.

Er heißt die Mitglieder der Verbandsversammlung willkommen. Er nimmt Bezug auf die Gesetzesänderung des Regionalverbandes und u.a. die damit verbundene Direktwahl der Mitglieder. Er spricht die wesentlichen Änderungen innerhalb des Verbandes an und verdeutlicht künftige Chancen des Verbandes bei der regionalen Entwicklung. Als positiv hebt er die Fahrgastzählssysteme hervor. Mit deren Auswertung ließen sich verlässlich sicherere Fahrplanänderungen bedarfsgerecht durchführen. Abschließend wünscht Herr Leuer einen guten Verlauf der anstehenden Haushaltsberatungen.

Danach stellt Herr Kramer fest, dass die Verbandsversammlung ordnungsgemäß eingeladen wurde und beschlussfähig ist.

Entschuldigt fehlen: Herr Tanke, Herr H.-G. Bachmann, Herr Oesterhelweg, Frau Emmerich-Kopatsch, Herr Dr. Pantazis, Herr Schneider, Carsten Rieck.

Zur Tagesordnung gibt es keine Wortmeldungen. Daraufhin stellt Herr Kramer fest, dass nach der mit Einladung vom 27.04.2017 übersandten Tagesordnung verfahren wird. Über die Tagesordnung wird einstimmig abgestimmt.

Die Verbandsversammlung tritt anschließend in die Beratung folgender Tagesordnungspunkte ein:

Punkt 1

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung der Verbandsversammlung am 30.03.2017

Punkt 2

Mitteilungen

- a) des Vorsitzenden der Verbandsversammlung
- b) des Verbandsdirektors

Punkt 3

Haushaltssatzung des Regionalverbandes Großraum Braunschweig für das Haushaltsjahr 2017; Stellenplan 2017

Vorlage-Nr.: 2017/41

Punkt 4

Anfragen

Punkt 1

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung der Verbandsversammlung am 30.03.2017

Die Verbandsversammlung beschließt bei 2 Enthaltungen:

„Die Niederschrift über die Sitzung der Verbandsversammlung am 30.03.2017 wird genehmigt.“

Punkt 2

Mitteilungen

a) des Vorsitzenden der Verbandsversammlung

Als Vertreter von Herrn Tanke hat Herr Kramer keine Mitteilungen.

b) des Verbandsdirektors

Herr Brandes berichtet, dass heute die letzten 4 von jetzt insgesamt 24 Enno Fahrzeugen erfolgreich abgenommen wurden. Es ist eine gute und zukunftsweisende Entscheidung gewesen die Fahrzeugflotte auf 24 Fahrzeuge zu erweitern.

Punkt 3

Haushaltssatzung des Regionalverbandes Großraum Braunschweig für das Haushaltsjahr 2017
Stellenplan 2017

Verbandsdirektor Brandes stellt die Beschlussvorlage „Haushaltssatzung des Regionalverbandes Großraum Braunschweig für das Haushaltsjahr 2017; Stellenplan 2017 in der Fassung der Ergänzungsvorlage Vorlagen-Nr. 2017/41 E1 vor.

Die Erarbeitung dieses HH 2017 war für die Verwaltung krankheitsbedingt ein Kraftakt. Herr Brandes beschränkt sich auf die wichtigsten Eckdaten. Im Vorbericht sei beschrieben, wo die Erträge herkommen und wo die Aufwendungen liegen und wie sich das im Vergleich zum Vorjahr entwickelt hat. Auch sein dargestellt, wie sich Erträge und Aufwendungen voraussichtlich in den kommenden 3 Jahren entwickeln würden bzw. entwickeln könnten, denn einige Aufwandspositionen könnten heute nur abgeschätzt werden. Einiges hing zu Beispiel vom Fortgang von Bauprojekten ab und schließlich könne und solle die Verbandspolitik in den kommenden Jahren mitentscheiden, wo und wie sich der Verband engagiere. Die Erträge und Aufwendungen wüchsen in diesem HH-Jahr 2017 stark an. Die Erträge von 82 Mio.€ auf über 105 Mio. € und die Aufwendungen von 85 Mio. € auf über 109 Mio. €. Man könnte meinen, das seien die 25 Mio. € mehr vom Land, die wir schon jetzt bekämen. Dies sei aber nicht so, die Mittel nach § 7 (1) und (5) NNVG für den ÖPNV wüchsen nach Abzug des Landeszuschusses (Abschreibungsbetrag ENNO-Flotte) 2017 unter dem Strich nur um 1,4 Mio. € an. Aber in den kommenden Jahren kämen dann jedes Jahr 6 bis 7 Mio. € mehr und 2021 habe der Verband + 25 Mio € wie vom Land zugesagt und im NNVG festgelegt erreicht. Weitern Umsatz brächten die Schülerbeförderungsmittel von 13, 6 Mio. €, die bisher das Land an die VU gezahlt habe und die nun der Verband an die Verkehrsunternehmen auszahle, entsprechend sei dies nur ein Durchlaufposten. Der Fehlbetrag von rund 4 Mio. Euro sei kein Grund zur Sorge: Der ergebe sich durch Planungs- und Baukostenzuschüsse (Modernisierung Bahnhaltepunkte), die mit Rücklagemitteln, die dazu gebildet wurden gedeckt würden. Der Verband generiere und verbaue damit ein Mehrfaches an Geldern, weil nur ein kleiner Kofinanzierungsbeitrag durch den Verband selbst zu leisten sei. Das Gros der Gelder für Bauprojekte komme vom Land und der DB bzw. dem Bund.

Die VU steige etwas mehr als bisher 2016 geplant, dafür sei sie von 2015 auf 2016 nicht gestiegen. Dies habe auch mit den neuen Aufgaben zu tun, und mit etwas mehr Personal, aber auch mit mehr Mitteln die der Verband bekäme, d.h. dafür schüttele der Verband auch erheblich mehr Gelder an die Verbandsglieder bzw. deren Gemeinden aus. Diese Gelder müssten schließlich bewirtschaftet wer-

den. Mit dem Beschluss des Verbandsausschusses Stellen vorläufig zu sperren müsse und könne die Verbandsverwaltung leben. Der Stellenbedarf und die Wertigkeit der Stellen würde nochmal begründet werden. Zu viel Zeit sollte sich die Verbandspolitik mit den Personalentscheidungen aber nicht nehmen, denn die Verbandsglieder erwarteten, und die Verbandspolitik sicher auch, dass die ÖPNV-Projekte und –Programme vorgebracht würden und auch die neuen Aufgaben baldmöglichst wahrgenommen würden. Der Bestand an Zahlungsmittel (Rücklage) sei besser als planerisch derzeit abbildbar. Mit positiven Jahresabschlüssen 2015 und 2016 sei zu rechnen.

Die Refinanzierungsbeiträge, die die Verbandsglieder zur Finanzierung des Tarifverbundes an den Verband zu leisten hätten, seien rückläufig, um 350.000 € entlaste das die betreffenden Verbandsglieder. Dies habe mit guten Erlösen im ÖPNV zu tun. Zum Personalaufwand verdeutlicht der Verbandsdirektor die immer noch kleine Verwaltung, die mit 8 Beamten und rd. 40 Beschäftigten einen solchen HH bewirtschaftet und vor allem ein solches Gebiet von über 5000 qkm (doppelt so groß wie die Region Hannover aber mir genauso viel EW). Auch wenn der Verband nur eingeschränkte Aufgaben habe. Er nehme aber das politische Signal auf und wir werde den Personalbedarf nochmal kritisch überprüfen. Der Sprung bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen von knapp 6 (2016) auf über 10 Mio. € (2017) sei ein gutes Zeichen, denn über 8 Mio. € seien Planungsmittel und vor allem auch Baukostenzuschüsse für Bahnmodernisierungen. Viele Jahre habe der Verband geplant, nun werde endlich gebaut. Dsgl. sei der Sprung bei den Transferaufwendungen positiv: Von 76 (2016) auf 94 Mio. € (2017) stiegen diese an. Dabei seien zwar auch Durchlaufposten (13,6 Mio. € Schülerbeförderung) aber eben auch Mehrleistungen im SPNV und ÖPNV (RegioBusse) und das werde sich in den kommenden Jahren fortsetzen. Man könne dies an den Plandaten 2018 bis 2020 ablesen. Hier würde ein Großteil der zusätzlichen Gelder vom Land angelegt, in zusätzliche Angeboten auf Schiene und Straße und dies habe der Großraum Braunschweig verdient.

Als letzten Satz resümiert der Verbandsdirektor, dieser Haushalt 2017 zeige, dass der Regionalverband jetzt auf der Erfolgsspur sei.

Herr Bosse sieht die Haushaltsberatungen im Allgemeinen als spannend und interessant an. Er würdigt aus Sicht der SPD-Fraktion die Arbeit der Verbandsverwaltung und die Zusammenarbeit der Fraktionen und hebt die sehr sachlichen Diskussionen bei der Erstellung des Haushaltsplans hervor. Herr Bosse hat Verständnis für die steigende Verbandsumlage, gerade auch vor dem Hintergrund, dass diese von 2015 auf 2016 eingefroren und somit damals nicht erhöht wurde. Er wünsche sich eine Stärkung des Regionalverbands und sehe in diesem Zusammenhang, dass noch ein stärkeres Bewusstsein in die Köpfe der Bürger der Mitgliedsgemeinden gebracht werden müsse.

Er begründet den Antrag der SPD-Fraktion auf Stellensperrung der neuen Stellen im Stellenplan damit, dass erst die Wahrnehmung der neuen Aufgaben konkreter definiert sein müsse. Dabei sei allerdings zu beachten, dass eine flexible und kurzfristige Handhabung bei der Freigabe einzelner Stelle gewährleistet ist. Er plädiere für eine fraktionsübergreifende Verständigung über Aufgabenerledigung.

Dem Haushaltsplan werde von der SPD-Fraktion zugestimmt.

Herr Herlitschke lobt für die Fraktion der Grünen die Arbeit der Verbandsverwaltung bei der Erstellung des Haushaltsplans. Er nimmt kritisch Bezug auf die Defizite und die Entnahme aus der Rücklage zu deren Deckung. Es komme zu Verschiebungen der Aufwendungen in den nächsten Jahren. Die Schaffung neuer Personalstellen wie im Stellenplan abgebildet würden grundsätzlich unterstützt. Die Aufgabenbeschreibungen müssten aber noch detaillierter dargestellt werden, insbesondere müssten die Funktionen einzelnen Stellen zugeordnet werden können. Auch sehe er Probleme mit der Zeitschiene bei möglichen Besetzungen. Er hoffe auf eine schnelle Umsetzung der Freigabe einzelner Stellen, ggf. auch unter Einberufung einer Sondersitzung des Verbandsausschusses.

Er plädiere für die Schaffung eines Finanzausschusses und verweist in diesem Zusammenhang auf zusätzlichen politischen Beratungsbedarf und die gestiegene Interessenlage durch Anfragen von Bürgern aufgrund der Öffentlichkeitswirksamkeit.

Er sehe die Forderung von Verbandsgliedern kritisch, die die gezahlte Verbandsumlage in gleicher Höhe in Form von Baumaßnahmen oder ähnlichem zurückerwarteten. Aus seiner Sicht müsse das Regionalgebiet im Vordergrund stehen und der appelliere an mehr Gemeinsinn innerhalb der Verbandsglieder. Durch die Übertragung neuer Aufgaben müsse die Darstellung des Regionalverbandes in der Öffentlichkeit überdacht und deutlicher werden.

Dem Haushaltsplan werde seitens der Fraktion der Grünen zugestimmt.

Herr Schramm stehe aus Sicht der FDP der Anregung zur Bildung eines Finanzausschusses positiv gegenüber. Der Regionalverband sehe sich in der glücklichen Lage mehr Zuweisungen bekommen zu haben.

Dem Haushaltsplan werde auch seitens der FDP-Fraktion zugestimmt.

Herr Manlik sieht aus Sicht der CDU-Fraktion die Notwendigkeit zur Bildung eines Finanzausschusses für nicht gegeben an. Die Verbandsverwaltung müsse Entscheidungen des Regionalverbands schnell und gut umsetzen können, die Bürger erwarteten eine gute und zeitnahe Umsetzung von Maßnahmen. Ein zusätzliches Gremium sei aus seiner Sicht hierbei hinderlich. Ein Vergleich zur Stadt Braunschweig, die für Entscheidungen durch zusätzliche Gremien (wie einen Finanzausschuss) wesentlich länger benötige, sei auf den Verband nicht zu ziehen.

Herr Manlik und die CDU-Fraktion stimme dem Änderungsantrag der SPD zu, er appelliert aber auf schnelle Umsetzung der Ausschreibung der Stellen durch Freigabe der Sperrvermerke, notfalls mit Umlaufbeschlüssen.

Herr Volkmann bemängelt die für ihn zu kurze Zeit der Durchsicht des umfangreichen Haushaltsplans. Er wünsche sich eine Vorbereitungszeit von 6 bis 8 Wochen. Er sehe zur Entlastung der Verbandsverwaltung die Bildung eines Finanzausschusses als sinnvoll an. Er fordert mehr Öffentlichkeitsarbeit, auch Bürgerfragestunden wären ein geeignetes Mittel, die gleichzeitig mehr Transparenz bedeuteten. Unverständlich sei für ihn, warum trotz höherer Zuweisungen die Fahrpreise erhöht würden. Er stellt die Akzeptanz der Bevölkerung in diesem Zusammenhang in Frage.

Dem Haushaltsplan könne nicht zugestimmt werden, da die Zeit der Auseinandersetzung mit dem Haushaltsplan zu gering gewesen sei.

Herr Plonz dankt der Verbandsverwaltung für die geleistete Arbeit. Er suche die politischen Unterschiede innerhalb des Verbandes, d.h. der einzelnen Fraktionen, vergeblich. Es müsse aus seiner Sicht mehr Politik in die Verbandsarbeit eingebracht werden.

Er stimme dem Haushaltsplan zu.

Herr Lange und die Fraktion des AfD stimmten der Beschlussvorlage ebenfalls zu. Er stimme den anderen Fraktionen in einigen Punkten zu. Er hege Zweifel an bestimmten Planungsleistungen. Hierbei müsse sich das Potential dieser Leistungen auch in den Handlungen nachvollziehbar wiederfinden.

Die Beschlussvorlage in der Fassung der Ergänzungsvorlage Vorlagen-Nr. 2017/41 E1 wird bei 3 Enthaltungen beschlossen:

„1. Der Haushaltsplan 2017 wird in der Fassung des Entwurfs beschlossen.

2. Der Stellenplan 2017 wird in der Fassung des Entwurfs beschlossen.

Gemäß Beschlussfassung des Verbandsausschusses wird folgende Ergänzung aufgrund des Antrags der SPD-Fraktion beschlossen:

Die im Stellenplan neu ausgewiesenen Stellen werden gesperrt, ausgenommen die lfd. Nr. 6 im Stellenplan Teil A Beamte sowie die neuen Stellen, über die der VA bereits entschieden hat. Für eine Freigabe ist eine Entscheidung des Verbandsausschusses erforderlich. Diese kann insbesondere erst nach Entscheidung der Politik über die Strukturveränderungen durch die neuen Aufgaben des Verbandes erfolgen.

3. Die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017 wird in der Fassung des Entwurfs beschlossen:“

Punkt 4

Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Herr Kramer die Sitzung um 18.25 Uhr.

Kramer
stellvertretender Verbandsvorsitzender

Brandes
Verbandsdirektor

Hild
Protokollführer